

23. Juli 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/149

Bonn, den 23. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Auf die politische Drecklinie, marsch, marsch! 69

Ein Wort zur "Strategie" der CDU/CSU
Von Franz Barsig

2 Logik ... 18

"Regeln" für demokratisch-parlamentarisches Verhalten

3 Münchner "Machtergreifung" 1962 48

Die Austreibung der Liberalen aus der FDP
Von Bruno Friedrich

Unsere Auslandsbericht:

4 - 5 Hat die FLN ein Programm? 78

Die Geburtswehen Algeriens nach dem siebenjährigen Krieg
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

6 - 7 "Ulbricht steht dazwischen" 68

Wenn sowjetische Botschaftssekretäre Vorträge halten

* * *
* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Auf die politische Drecklinie, marsch, marsch !

Von Franz Barsig

Es hätte in der vergangenen Woche der Ankündigung des CSU-Abgeordneten Wachter nicht bedurft, man werde ab dieser Woche wieder scharf gegen die SPD vorgehen, um zu wissen, wie innenpolitisch der Hase laufen soll. Einmal ist die SPD ohnehin meistens gut darüber informiert, was die CDU/CSU vorhat, und zum anderen geben die "Bonner Informationen aus erster Hand" schon seit Wochen einen Vorgeschmack dessen, was die größere Regierungspartei zu inszenieren plant.

Im Grunde genommen aber sind die CDU/CSU Pläne nur ein Ausdruck von Ratlosigkeit und Angst. Der Wahlkampf 1961 sollte nach demselben Schema ablaufen, wie der von 1957, nämlich die SPD scharf zu attackieren und mit politischem Schmutz um sich zu werfen. Das Rezept war alt und bewährt, der gekochte Brei aber ungenießbar. Die CDU/CSU verlor die absolute Mehrheit, die Sozialdemokratische Partei gewann erheblich an Stimmen, weil sie ihren Wahlkampf sachlich führte, an das Gefühl der Fairness beim Wähler appellierte und sich damit begnügte, die übelsten Schreier vor die Gerichte zu bringen. Ihnen ist in der Zwischenzeit die Lust am weiteren Schreien vergangen.

Der nordrhein-westfälische Wahlkampf wurde nach diesem Mißerfolg anders - erfreulich anders geführt, aber die, denen diese Richtung von vornherein nicht paßte, sahen sich bestätigt und forderten um so stürmischer die Rückkehr zum "alten Stil", weil auch in Nordrhein-Westfalen die absolute Mehrheit der CDU verloren ging und die Sozialdemokraten zur gleichstarken Partei geworden waren. Bei den neuen Überlegungen der CDU/CSU Scharfmacher spielt auch irrigerweise die Vorstellung eine Rolle, man könne mit diesem alten Stil in Bayern besonders gut landen, weil das bayerische Volk Krach und Radau zwischen den Parteien liebt. Im Grunde genommen eine Beleidigung für den bayerischen Wähler, aber er hat ja Gelegenheit, im November die Quittung auszustellen.

Fest steht also, daß wir es in der nächsten Zeit wieder mit Diffamierungskampagnen der CDU/CSU gegen die Sozialdemokratie zu tun haben werden, wobei man sich nicht scheuen wird, auch den abgetakelten "Fall Frenzel" wieder hochzuspielen, obwohl ein rechtskräftiges Urteil vorliegt und die SPD nicht eine Stunde gezögert hatte, sich von einem gemeinen Landesverräter zu distanzieren.

Das alles wird nicht festgestellt, weil die SPD etwa besorgt wäre, denn das Rezept hat ja schon einmal versagt, sondern um eine rüchterne Vorausschau dessen zu geben, was bevorsteht.

Damit die CDU/CSU noch genauer kalkulieren kann, sei ihr auch schon heute die Methode verraten, mit der die Sozialdemokratische Partei auf die neue Schmutzwelle antworten wird. Sie wird nicht, was sich die CDU/CSU wünscht, laut aufschreien, sie wird nicht jedes Mal, so lautet dann die Formulierung, "schärfstens entgegen" und sie denkt auch nicht daran, sozusagen im Gegenzug, die arg gesprenkelten Westen vieler CDU/CSU-Politiker auf die öffentliche Wäscheleine zu hängen.

Es sind zwei Hauptgründe, warum die SPD nicht so verfahren wird. Der erste ist, daß die Sozialdemokraten wissen, daß dem deutschen

Wähler geradezu Übel wird, wenn die andere Partei mit Schmutzkübeln übergossen wird; er fühlt sich von diesem Schmutz selbst übergossen und lehnt solche Methoden ab. Der zweite Grund ist noch gewichtiger, denn nach den Genfer Konferenzen wird die außerpolitische Lage aller Wahrscheinlichkeit nach nicht rosiger aussehen; in einer solchen Situation kann man es sich nach sozialdemokratischer Auffassung nicht gestatten, das geteilte Volk sozusagen mit Keulen und Morgensternen noch einmal gegeneinander zu hetzen.

Die SPD wird deshalb bei ihrer Linie bleiben, dem deutschen Volke sachlich und nüchtern auseinanderzusetzen, woran es fehlt, wie die Führungslosigkeit dieser Regierung zu erklären ist und wo die bessere Alternative zu finden ist. Die Auseinandersetzungen der Parteien brauchen sich dabei durchaus nicht im Kindergartenstil mit Händchen-anfassen abzuspielen. Es kann durchaus hart gerungen werden, aber die Voraussetzung dazu wäre ja, daß diese Koalition erst einmal selbst weiß, was sie will. Im ersten Jahr hat sie nur gezeigt, wie sie alles durcheinanderbringen kann. Vielleicht wird sie im Herbst gezwungen, endlich Farbe zu bekennen und dann wird man durchaus Position und Gegenposition verdeutlichen können.

Bis dahin ist die SPD durchaus bereit, den anderen die Rolle der Dreckschleuder zu überlassen. Beim deutschen Wähler ist damit, wie man so schön sagt, ohnehin kein Blumentopf zu gewinnen.

+ + +

Logik ...

"Regeln" für demokratisch-parlamentarisches Verhalten

sp. Dieser Tage sind ulkige Regeln für demokratisch-parlamentarisches Verhalten aufgestellt worden. So konnte man lesen und hören, die schrecklichen Sozialdemokraten hätten "wieder einmal" Mangel an Verteidigungswillen gezeigt, weil sie ihren Freunder in der Bundeswehr mittels eines Rundbriefes erläutert haben, warum die SPD zur Zeit gegen den Verteidigungshaushalt stimmte. Überhaupt: nicht nur dieses ruchlose Beginnen, sondern die Tatsache der Ablehnung des Verteidigungshaushaltes an sich, beweise messerscharf, daß diese Sozialdemokraten gar keine Verteidigung der Freiheit wollen. -

Holt tief Luft, verehrter Mitbürger, denn so Du jemals bei einer Stadtratswahl CDU gewählt haben solltest, die christlich unierten und demokratischen Ratsherren jedoch gegen den Haushaltsplan der von einem Sozialdemokraten geleiteten Stadtwerke stimmten, mußt Du Dir von nun an sagen lassen, daß Du ein Gegner so segensreicher Einrichtungen wie Wasser, Strom und Gas bist. Stimmt "Dein" Stadtrat gegen den Schuletat, dann will er gewiß, daß Deine Kinder Analphabeten bleiben.

Denn: Logik muß sein, auch in der Politik, und was dem einen recht ist, sollte für den anderen nicht noch billiger werden.

+ + -

Münchener "Machtergreifung" 1962

Von Bruno Friedrich

Als sich im Sommer 1961 die Münchner Gruppe des Liberalen Studentenbundes für die SPD entschied und ihre Absage an den Mende-Kurs auch mit den nationalistischen Tendenzen in Bayerns FDP begründete, denunzierte Ulrich Mende die Münchner Studenten in Wahlversammlungen als "Kommunistenverdächtig." Im Sommer 1962 versagt dieses Rezept. Der Berichterstatter der "Süddeutschen Zeitung", der in der oberbayerischen FDP "braune Eier schälten hinter den Ohren" feststellte, den FDP-Fraktionsvorsitzenden in Bayerns Landtag und Senatspräsidenten Bezold oder die angesehene FDP-Abgeordnete Hildegard Hamm-Erlicher, die gegen die nationalistischen Tendenzen innerhalb der FDP einen "liberalen Arbeitskreis" gründeten, diese Persönlichkeiten, die 1962 genau das kritisierten, was hellwache Studenten bereits 1961 entdeckt hatten, wagt Mende nicht als "Kommunisten" zu verdächtigen.

Mendes Kommunismus-Denunziation der Münchner liberalen Studenten gerät hieher; denn sie war ein Freibrief für jene nationalistischen Kräfte, die jetzt rigoros die prominenten Altliberalen der FDP Bayerns auf aussichtslose Plätze der Wahlkreisliste abgeschoben haben. Innerhalb einer Woche erhielt Mende nicht nur die Wähler-Quittung für seine Schaukelpolitik, sondern auch die Mitglieder-Rechnung für seine zweifelhafte Anhängerwerbung präsentiert. Die Nationalisten, von Mende seit langem ernüchert, bitten zur Kasse. Ihre Machtergreifung in München zeigt, dass sie sich nicht damit begnügen werden, der FDP ihre Wählerstimmen zu borgen. Die FDP, die vergeblich gehofft hatte, die Anonymität des Stimmzettels werde die unfeinen Leute von Rechtsaußen vorbeugen, hat keinen Grund zur Klage. Was sich hier abspielt, ist die logische Folge von Mendes Zweigleisigkeit, der sich nach dem 17. September 1961 zur Hoffnung verriet, von Körner rechts vom rechten Flügel der CDU eine Politik betreiben, die sich als liberal verkaufen lässt.

Diese Hoffnung hat der Juliregen 1962 fortgewaschen. Die FDP wird vor den Wählern und ihren Mitgliedern als das behandelt, was sie geworden ist: als eine rechtskonservative Interessentenpartei mit einer anachronistischen Sozialpolitik.

Politische Diagnostiker notieren sichere Anzeichen beginnender Agonie: Wahlkreisconferenzen werden für ungültig erklärt und müssen wegen Nominierungsstreit wiederholt werden; die Sperrklausel wird zum Alibi-Druck; nach den Wahlen ist die Partei als Opposition nicht wirksam oder in der Koalition bedingungslos dem starken Partner ausgeliefert; die traditionelle Substanz der Partei zerfällt, die Altliberalen werden isoliert, hinausgewählt und gehen verbittert in die innere Emigration, die junge Generation nähert sich der SED. Der Einbruch extremer Kräfte von Rechtsaußen ist bereits erreicht. Die Münchner "Machtergreifung" hat es gezeigt.

Die Erscheinung, dass kaum beachtete Sterne, Nova genannt, schnell und hell aufglücken, um dann nicht minder schnell zu verbrennen und zu verschwinden, beschränkt sich nicht nur auf die Astronomie. Die Nova Mende am politischen Himmel der Bundesrepublik unterscheidet sich aber von anderen Nova-Politikern weitgehend dadurch, dass es ihr gelingt, nicht nur sich selbst, sondern auch die eigene Partei zu ruinieren.

Kat die FLN ein Programm ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Nachricht von der Bildung einer Art provisorischer Militärregierung in Algerien läßt die Veröffentlichung des bisher geheimegehaltenen Programms der FLN im Zentralorgan der algerischen Revolution, "El Moudjahed", zu einem Dokument von höchster Aktualität werden. Bereits im Juni dieses Jahres, also vor der Unabhängigkeit Algeriens, war das Programm vom Revolutionsrat (CNRA) einstimmig gebilligt worden. Es ist begleitet von einer außergewöhnlich freien Selbstkritik. Ausgearbeitet und vorgelegt wurde das Dokument vom Vizepräsidenten der FLN, Ben Bella, und dem Informationsminister Jassid.

In den folgenden Abschnitten muß man dreierlei unterscheiden:

1.) Eine gemeinsame Kritik an gemeinsamen Schwächen und Fehlern, an "ideologischer Armut" und "Zurückbleiben" hinter den Ereignissen, insbesondere hinter der tatsächlichen Entwicklung und Stimmung der algerischen Bauern und Arbeiter, die auf radikale Sozialreform drängen.

2.) Die besondere Kritik der revolutionären Intellektuellen um Ben Khedda, die vor bürokratischer Entartung, feudalem Hochmut und Diktaturgelüsten warnen;

3.) Die von den Militärs und Bauern um Ben Bella geübte Kritik, die sich gegen die "Pseudo-Intellektuellen", gegen "antitauerliche" Vorurteile und "schädliche Konzepte westlicher Mentalität" wendet.

Volk und Führung

Die FLN habe ihren Kampf ausschließlich für die nationale Unabhängigkeit geführt und andere Probleme vernachlässigt, heißt es einleitend. Die Folgen aber, die der Befreiungskrieg "im Bewußtsein des Volkes und der algerischen Gesellschaft im allgemeinen" hervorrief, habe man nicht vorausgesehen: "Die FLN ignorierte die großen revolutionären Möglichkeiten der Landbevölkerung". Sie verabsäumte es, "über das einzige Ziel des traditionellen Nationalismus, nämlich über die nationale Unabhängigkeit hinauszugehen."

Mehrmals unterstreicht die Entschliebung, daß die algerischen Volksmassen in spontaner Weise verschiedene Probleme rascher und richtiger sahen, als der Apparat: "Die revolutionäre Tragweite des nationalen Kampfes wurde paradoxerweise mehr von den Volksmassen als von den Funktionären und führenden Organen erkannt".

Alte und neue "Feudalität"

Wohl habe die FLN gegen die alten Autoritäten gekämpft, dabei aber ihre eigene Autorität übermäßig betont und das Entstehen einer neuen "Feudalität" begünstigt. Ähnliche Dinge habe man bereits in anderen Ländern Afrikas und Asiens festgestellt, "selbst in Volksrevolutionen".

Dieser Seitenhieb gegen gewisse "Volksrepubliken" beweist, daß die FLN nicht gewillt ist, bestimmte Beispiele kritiklos zu übernehmen und sich ernste Gedanken über den Aufbau ihrer eigenen Republik zu machen.

Die "Autorität" und "Feudalität" der FLN wird jetzt bereits mit einer herrschenden Klasse verglichen: "Ebenso wie Landadel kann auch eine politische Feudalität entstehen, wenn die demokratische Erziehung der Funktionäre und der Bürger mangelhaft ist".

Nach dieser demokratisch betonten Kritik und diesen Warnungen vor bürokratischer Erstarrung, richteten sich andere Pfeile gegen den "kleinbürgerlichen Geist", "mangelnde ideologische Festheit", "leichtsinnige Gewohnheiten der früheren politischen Parteien mit städtischer Anhängerschaft", "Postenjägerei", "Eigenliebe", "Vorurteile gegen Bauern und einfache Kampfgenossen", "Pseudo-Intellektuelle" und "die verfälschtesten und schädlichsten Konzepte westlicher Mentalität".

Die FLN laufe Gefahr, "infolge ideologischer Armut, feudaler Mentalität und kleinbürgerlichem Geist, den kommenden algerischen Staat zu einer mittelmäßigen und volksfeindlichen Bürokratie zu führen". Schärfer hat wohl noch nie eine politische Partei ihre Fehler in einem so entscheidenden Zeitpunkt selbst geisselet.

Ursachen und Wirkungen

Bei der Suche nach den Ursachen solcher Erscheinungen wird eine gewisse Kluft festgestellt, die zwischen der FLN-Führung und den algerischen Volksmassen entstanden sei; die lange Emigration und die Schwierigkeiten des Unabhängigkeitskrieges haben dazu beigetragen.

Es handelt sich dabei aber nicht nur um psychologische Entfremdung. Das CNRA konstatiert ein "Fehlen jeder ideologischen Generallinie". Einzuwerfen kommt die Unklarheit über die eigentliche Rolle der GPRA (Provisorische Regierung der Algerischen Republik): War oder ist sie wirklich provisorische Regierung oder nicht viel mehr Parteiführung? Die Verwirrung der beiden Begriffe, der staatlichen und der parteimässigen Funktion, habe "gleicherweise beide Faktoren geschwächt, den Staat und die Partei.

Auf diese Weise entstand ein Apparat, in welchem das Militär ein ungewöhnliches Übergewicht bekam: "Das Amalgam zwischen staatlichen Einrichtungen und Instanzen der FLN verwandelte diese in einen bloßen Verwaltungsapparat".

Schlußfolgerung: "Die Erfahrung der sieben Kriegsjahre beweist, daß es eine revolutionäre Partei ohne entsprechende Ideologie nicht geben kann; die Ideologie muß aber im Kontakt mit der nationalen Realität und den Volksmassen erarbeitet werden. Die einzige Daseinsberechtigung einer Partei ist ihre Ideologie".

+ + +

"Jbriicht steht dazwischen"

Wenn sowjetische Botschaftssekretäre Vorträge halten

Die Sekretäre der sowjetischen Botschaft in der Bundesrepublik erhalten des öfteren Gelegenheit, die offiziellen Moskauer Auffassungen zur Deutschlandpolitik darzulegen. Selbstverständlich kommt dabei nicht allzuviel heraus. Trotzdem ist es interessant, Argumente und Atmosphäre bei derartigen Veranstaltungen zu kennen. So sprach kürzlich auch Botschaftssekretär Ussytschenko in der Kieler Universität über das Thema: "Das Deutschlandproblem in sowjetischer Sicht". Die Veranstaltung war überfüllt; zahlreiche Besucher mußten sich außerhalb des Hörsaals mit einem Platz auf der Treppe begnügen. Die "Volkszeitung Kiel" veröffentlichte über die Veranstaltung nachstehenden Bericht.

Die Redaktion.

Die "Thesen"

Im Hinblick auf den überfüllten Vortragssaal begann Herr Ussytschenko mit einem Scherz: "Wir sind noch gar nicht bei der Diskussion und haben schon ein Problem zu lösen: das Raumproblem." - Im ersten Teil seines Vortrages ging der Redner auf die wirtschaftliche Situation der Sowjetunion ein, die nach seinen Worten sich von Jahr zu Jahr verbessere.

Im zweiten Teil des Vortrages kam er auf die Deutschlandfrage zu sprechen: Die Voraussetzung für eine günstige Entwicklung sei ein dauerhafter Friede. Als wichtigste Bedingungen für einen Frieden bezeichnete er: allgemeine Abrüstung, Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Schaffung einer "freien und entmilitarisierten Stadt Berlin", was aber nur Westberlin betreffen sollte, da Ostberlin die rechtmäßige Hauptstadt der "DDR" sei. Es gab stürmisches Gelächter und expönte Zwischenrufe, als der Redner sagte: "Die Sowjetunion ist für eine allgemeine Abrüstung. Sie lehnt aber eine Rüstungskontrolle ab." Das Zischen verstärkte sich noch, als er die Bedingungen des abzuschließenden Friedensvertrages erläuterte.

Ohne Pause in die Diskussion

Nach dem etwa einstündigen Vortrag war die Spannung im Saal derart gestiegen, daß man ohne Pause die Diskussion begann. Es prasselten auch sofort die Fragen auf den Redner ein, die der russische Diplomat küferlich ruhig und gelassen beantwortete, obwohl er oft durch langes Zischen und laute Mißfallenskundgebungen unterbrochen wurde. Die Studenten - unter ihnen ein Ungar, der an dem Aufstand von 1956 teilgenommen hatte - fragten nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953, nach der ungarischen Erhebung, nach dem Potsdamer Abkommen, nach der Mauer, nach den Reisebeschränkungen u.a.m. Herr Ussytschenko betonte wiederholt, daß sich die Sowjetunion nicht in die inneren Angelegenheiten der Satellitenstaaten einmischen könnte und dies auch nicht getar habe. Trotz des lauten Protestes fuhr er unerschüttert fort: Deshalb habe die UdSSR auch keinen Einfluß auf die innere Staatsführung in der "DDR". Wenn

Westdeutschland etwas verändert haben wolle, so solle man mit der Regierung Ulbrichts verhandeln.

Die Mauer

Als Ussytschenko den Bau der Mauer in Berlin damit begründete, daß der Zustrom der Agenten nach den östlichen Ländern hätte verhindert werden müssen, erntete er erneut Gelächter. Er gab dann aber im weiteren Verlauf der Diskussion zu, daß auch der Flüchtlingsstrom "natürlich die "DDR" sehr geschädigt" habe und aufgehalten werden müsse. Im Übrigen meinte er lakonisch, sei es ganz "natürlich", daß eine gewisse Schicht des Volkes diesen neuen sozialistischen Staat ablehne.

"Ich wünschte sehr", gab ein Student zu bedenken, daß Sie aus dieser Diskussion eines mitnehmen: Seien Sie nicht zu sicher, daß Sie allein auf dem richtigen Weg sind." Die Antwort des russischen Diplomaten: "Ich werde aus dieser Diskussion mitnehmen, daß die Westdeutschen die "DDR" nicht lieben." - Nach zweieinhalb Stunden verabschiedete Herr Ussytschenko sich mit einem Dank für die Einladung.

"So lange es ihn noch gibt"

War dieser Abend nun fruchtbar, hat er geholfen, das gegenseitige Verständnis zu fördern? - Sicher nicht, wenn man erwartet hätte, jemanden überzeugen zu können. Sicher verließen sowohl Herr Ussytschenko als auch die Zuhörer den Saal mit derselben Meinung, mit der sie ihn betreten hatten. Das spiegelt sich wieder in dem kurzen Gespräch, das im Anschluß an die Veranstaltung in kleinem Kreis geführt wurde. Der Diplomat bedauerte, daß am Abend kaum über das eigentliche Thema: "Die Beziehungen zwischen Westdeutschland und der UdSSR" gesprochen worden sei. Darauf die Antwort eines Gesprächsteilnehmers: Leider ist es eine Tatsache: Wenn ein Russe und ein Deutscher sich unterhalten wollen, so wird Ulbricht und sein Regime zwischen ihnen stehen, so lange es ihn noch gibt.

+ - +

Hinweis der Redaktion: Sowjetische Botschaftsangehörige müssen in der Bundesrepublik eine besondere Erlaubnis haben, wenn sie sich ausserhalb einer 40 km-Zone ihres Botschaftssitzes bewegen wollen. Die Erlaubnis wird im allgemeinen vom Auswärtigen Amt erteilt. Westliche Botschaftsangehörige in Moskau sind den gleichen Bestimmungen unterworfen. Auch sie dürfen einer 40 km-Umkreis nicht ohne Spezialerlaubnis verlassen.

* + *